

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

An beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 3) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Seite 2 Ngr.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 24. Aug. Am 21. Aug. war eine Sitzung des Engern Rathes angesetzt, die Sitzung fand aber nicht statt, weil Hr. v. Rochow wegen Krankheit verhindert war, daran theilzunehmen. Sonst ist es Brauch, daß der abgehaltene Bevollmächtigte sich von einem seiner Kollegen vertreten läßt, oder, wenn Hr. v. Rochow dies nicht wollte, so konnte ja Hr. v. Bismark-Schönhausen an diesem Tage seinen Sitz einnehmen. Hr. v. Bismark-Schönhausen wartet ja ohnedies schon längst darauf, daß Hr. v. Rochow ihm Platz mache. Den Grund dieser Verzögerung glaubt man nun darin zu erkennen, daß Hr. v. Bismark von österreichischer Seite nicht so gern gesehen wird als Hr. v. Rochow, und daß Hr. v. Mantuffel darum dem Hrn. v. Rochow aufgegeben haben soll, seinen Aufenthalt hier unter irgend einem Vorwande, und wäre es auch nur wegen Krankheit, zu verlängern, um Hrn. v. Bismark noch länger von den Geschäften fernzuhalten. Hr. v. Bismark, der sich darüber wol verlegt gefühlt haben mag, soll sich darauf zu Hrn. v. Rochow am 22. Aug. begeben und um Aufklärung gebeten haben. Die Folge dieser Unterhaltung soll nun gewesen sein, daß in der gestrigen Sitzung des Engern Rathes Hr. v. Rochow erklärt habe, Hr. v. Bismark-Schönhausen sei zu seinem Nachfolger ernannt. Er soll zugleich bemerkt haben, daß er in einer baldigst anzuberaumenden Sitzung des Engern Rathes gefonnen sei, seinen Nachfolger persönlich in sein Amt einzuführen. In einer früheren Sitzung des Engern Rathes wurde auf neue über die bekannte Kompetenzfrage verhandelt, und man hat sich über eine neue Fassung des von Oesterreich und Preußen gestellten Antrags geeinigt, wonach der Antrag nicht mehr so weit und so umfassend, sondern auf bestimmte Fälle beschränkt ist. In letzter Zeit hat sich auch Baiern dafür ausgesprochen, daß es dem Bundestage nicht zustehe, in die Einzelverfassungen einzugreifen.

Ein frankfurter Correspondent der Weser-Zeitung kann der neulich mitgetheilten Nachricht von der russischerseits kundgegebenen Abneigung gegen den österreichischen Gesamttrittsplan hinzufügen, daß die Cabinete von Paris und St. James durch die bundesseitige Verantwortung des von ihnen in dieser Angelegenheit erhobenen Protestes zu keiner anderweitigen Auffassung dieser Sache haben gelangen können und sich entschlossen sind, auf dem eingeschlagenen Wege zu beharren. Um ein abermaliges Zeugnis von der Fortdauer dieses abseitigen Ruflands begünstigten Einverständnisses, sowie von der Festigkeit ihres Willens zu geben, den geäußerten Ansichten gemäß in dieser Frage gemeinschaftlich zu handeln, haben beide Mächte durch ihre Vertreter in Frankfurt in diesen Tagen dem Präsidium der Bundesversammlung eine fernere Note übergeben lassen. Bekanntlich hatte die Bundesversammlung die in Rede stehende Frage als eine innere Angelegenheit bezeichnet, welche nach Art. VI der Wiener Schlussacte nur Gegenstand der Einigung der Bundesglieder untereinander sein könne, und hatte unter Berufung auf die bei einer ähnlichen Gelegenheit im Jahre 1834 aufgestellten Grundsätze die auswärtige Einmischung zurückgewiesen. In Erwiderung hierauf bemerken nun England und Frankreich: „daß es ihnen nicht in den Sinn gekommen, sich in innere Bundesangelegenheiten einzumischen, daß aber hier ein Fall vorliege, in dem es sich darum handle, den durch die Wiener Verträge festgestellten Territorialbestand zu ändern und in Folge davon die Machtverhältnisse zu verrücken, auf denen das politische Gleichgewicht von Europa beruhe. Für Erhaltung desselben Sorge zu tragen sei eine Pflicht, zu deren Erfüllung die Verträge ihnen das Recht der Einsprache gegeben hätten. Indem sie hiervon wiederholt Gebrauch zu machen sich veranlaßt sähen, würden sie sich gern der Hoffnung hingeben, daß das wiener Cabinet von fernern Schritten zur Verwirklichung der auf Erweiterung des Bundesgebietes gerichteten Pläne absehen werde.“

Die Weser-Zeitung vom 25. Aug. theilt ein ihr zugekommenes Sendschreiben eines „angesehenen Parteigenossen“ mit, welches unter der Ueberschrift „Auch jetzt noch Preußen?“ einen seit dem December 1850 innerhalb der Partei sich immer entschiedener gestaltenden Gedanken — das Aufgeben Preußen — als nunmehr unzweifelhaftes Gebot der Ehre und der Pflicht für die Constitutionellen hinstellt. Wir selbst theilen, sagt die Weser-Zeitung, diesen Gedanken nicht; wir halten ihn vielmehr für ein Resultat der Verzweiflung, und wir meinen, daß die Verzweiflung mit der Politik nichts zu schaffen hat. Da aber unzugänglich diese antipreußische Richtung sich mehr und mehr innerhalb der weiland preußischen Partei geltend macht, so theilen wir das Sendschreiben mit als ein Aetenstück, nicht als eine Darlegung unserer eigenen Ansichten, die wir in einem eigenen Artikel auszusprechen gedenken. Das Schreiben

schließt mit den Worten: „Welchen praktischen Zweck hat in diesem Augenblicke überhaupt ein Streit um Preußens Stellung bei einer künftigen Entscheidung der Geschichte Deutschlands? Genügt es nicht, wenn unsere Partei darüber einverstanden ist — und das ist sie doch jedenfalls — daß sie mit dem bestehenden preussischen Systeme nimmermehr Hand in Hand gehen könne, und daß sie aus allen Kräften dahin streben müsse, dieses System zu beseitigen, und wenn möglich an seine Stelle ein System anständig parlamentarischer Regierung im Innern und einer Preußens würdigen nationalen Politik nach außen zu setzen? Gewiß ist dies unter allen Umständen die nächste Aufgabe unserer Partei, freilich, wir fürchten sehr, eine unlösbare. Aber darüber hinaus muß sie doch auch schon jetzt die weiteren Eventualitäten, welche kommen können, ins Auge fassen, um auf Alles nach Möglichkeit gerüstet zu sein. Und von diesem Standpunkte erblicken uns die Erörterung der Frage über Preußens fernere Stellung von Bedeutung für Deutschland in doppelter Beziehung nützlich und nothwendig, ein mal, damit unsere Partei über diesen so wichtigen Punkt möglichst mit sich im Reinen sei und nicht abermals sich in Täuschungen wiege oder in unbestimmten Erwartungen die Freiheit ihres Handelns gefangen gebe; fürs zweite aber, damit unsere Gesinnungsgenossen in Preußen sich gewöhnen mögen, ihr und unser gemeinsames Heil mehr in dem ganzen Deutschland als in Preußen allein zu suchen.“

Aus Freiburg vom 19. Aug. schreibt man dem Schwäbischen Merkur: Hofrath Welcker von Heidelberg hält sich auf seiner Rückreise aus Italien, wohin er sich zur Herstellung seiner Gesundheit begeben hat, schon einige Tage hier auf. Welcker befindet sich wirklich wieder wohl, obgleich ihn Manches, was er hier hören mußte, besonders die Wegnahme des Rotteck-Denkmals, das wahrscheinlich sobald nicht wieder aufgerichtet werden wird, auf das schmerzlichste berührt.

Schlossermeister Sönlker in Rastatt ist „wegen der in dem Aufhängen (in seinem Zimmer) revolutionärer Bildnisse (Portraits von Volksmännern) liegenden Gefährdung der Ordnung“ zu drei Monaten und wegen Anlaufs demokratischer Loose zu zwei Monaten Kriegsgefangenschaft vom dortigen Kriegsgericht verurtheilt worden.

Döbenburg, 24. Aug. Hr. v. Berg ist zum Minister des Innern ernannt. Man knüpft daran, und wol mit Recht, die Vermuthung und die Hoffnung, daß es gelungen sei, das Militärbudget, welches am 4. April d. J. zunächst zu einem Conflict zwischen der Staatsregierung und dem Landtage, zu der unbestimmten Vertagung des letztern und zum Rücktritte des damaligen Gesamtministeriums führte, bedeutend zu ermäßigen. (Wes. 3.)

Wien, 24. Aug. Die Internirungsfrage hat wieder eine neue Auslegung erfahren. Man will nämlich von einer energischen Note Russlands nach Konstantinopel wissen, die sich gegen die Freilassung der zu Kiutahia internirten Magyaren ohne Genehmigung Oesterreichs ausspreche. Im Falle eines möglichen Uebereinkommens hat sich das russische Cabinet gegen die Beförderung derselben nach England erklärt und deren Transportirung nach Amerika gefordert. Wir wissen nicht, ob es mit dieser Note seine Richtigkeit hat, und wir wollen blindlings daran wie auch an die fünfte Auflage der Broschüre: „Ein Stück Gegenwart“ glauben. Fürst Metternich, der nach einem Zeitungsgerüchte an seinen Memoiren arbeiten solle, hat Recht, daß er diese, wie es darin heißt, erst 60 Jahre nach seinem Tode veröffentlicht haben will, denn er dürfte sonst damit kaum mit diesem Büchlein in die Schranken treten können, was seiner schriftstellerischen Eitelkeit einen argen Stoß verfehen müßte. Es wird sich, nach unserer Meinung, mit diesen Memoiren wie mit seiner gedrohten Ankunft in Wien verhalten, die nun wieder von Einigen geradezu weggeleugnet und von Andern in das weite Feld verschoben wird. Was kümmert uns auch viel Fürst Metternich's mögliches Auftreten als Schriftsteller! es macht uns eine weit größere Freude, daß man jenen charakterlosen Harfenisten, der sich durch weiland seine „Geisel“ berüchtigt gemacht, die Concession zur Wiederherausgabe derselben versagt hat. Das ist wol eigentlich keine politische Nachricht und wir müßten sie vielmehr unter die heftigen Debatten bringen, die zwischen den Hausherren der Stadt und Vorstädte ausgebrochen sind, deren letztere erstern das Vorrecht bestreiten wollen, die Hausthore auch im Winter bis 10 Uhr Nachts offen halten zu dürfen. Wir sind begierig, wie sich der hochwelse Gemeinderath aus diesem Dilemma herausarbeiten wird, und wir wollen uns einweisen nach einem Homer umsehen, der diesen unsterblichen Kampf zu bestingen werth ist. Wir wüßten wol Einen: der aber ist mit der Herausgabe der Volkslieder in einer Sprache, die er nicht versteht, beschäftigt.

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.